

NDB-online Artikel

Barschel, Uwe

1944 – 1987

Jurist, Politiker, Ministerpräsident

Uwe Barschels steile politische Karriere führte ihn über Stationen als Fraktionsvorsitzender und Landesminister 1982 in das Amt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Seine Laufbahn ist jedoch überschattet von einem der größten politischen Skandale der Bundesrepublik und seinem ungeklärten Tod in Genf 1987.

Geboren am 13. Mai 1944 in Glienicke/Nordbahn (Landkreis Oberhavel)
Gestorben am 11. Oktober 1987 in Genf (Todesursache ungeklärt)
Grabstätte Alter Friedhof in Mölln (Schleswig-Holstein)
Konfession evangelisch-lutherisch

Tabellarischer Lebenslauf

1945 Flucht der Familie aus Berlin Börnsen (Lauenburg)
1960 Mitglied Junge Union (JU)
1962 Mitglied CDU
1964 Schulausbildung (Abschluss: Abitur) Gymnasium Geesthacht (Schleswig-Holstein)
1964 1968 Studium der Rechtswissenschaften (Abschluss: Erstes Staatsexamen) Universität Kiel
1964 1965 Vorsitzender Ring Christlich-Demokratischer Studenten Kiel
1967 1971 Vorsitzender JU Schleswig-Holstein Kiel
1969 1971 Studium der Volkswirtschaftslehre, Politik und Pädagogik Universität Kiel
1969 1985 Stellvertretender Landesvorsitzender CDU Schleswig-Holstein Kiel
1970 Promotion (Dr. iur.) Universität Kiel
1970 1974 Mitglied Kreistag Herzogtum Lauenburg Mölln
1971 Zweites Staatsexamen
1971 Promotion (Dr. phil.) Universität Kiel
1971 1987 Abgeordneter der CDU Landtag Schleswig-Holstein Kiel
1971 1973 Parlamentarischer Vertreter des Kultusministers und Regierungsbeauftragter für Jugend und Sport Landtag Schleswig-Holstein Kiel
1971 1973 Stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender Landtag Schleswig-Holstein Kiel
1973 1981 Vorsitzender CDU-Kreisverband Herzogtum Lauenburg Ratzeburg

1973 1979 CDU-Fraktionsvorsitzender Landtag Schleswig-Holstein Kiel
1977 1987 Mitgründer und Präsident Stiftung Herzogtum Lauenburg
Ratzeburg
1979 Finanzminister Landesregierung Schleswig-Holstein Kiel
1979 1982 Innenminister Landesregierung Schleswig-Holstein Kiel
1982 1987 Ministerpräsident Landesregierung Schleswig-Holstein Kiel

Genealogie

Vater **Heinrich Barschel** 3.12.1908–vemtlich April 1945 Mathematiker,
seit April 1945 bei Berlin verschollen

Mutter **Marie-Elisabeth Barschel**, geb. Inter 23.1.1913–2007 Näherin
Großvater mütterlicherseits **Hans Inter** geb. 10.9.1884

Großmutter mütterlicherseits **Sophie Inter**, geb. Schmitz geb. 14.6.1879

Bruder **Eike Barschel** Geschäftsführer

Heirat 7.7.1973

Ehefrau **Freya Barschel**, geb. von Bismarck geb. 3.3.1947

Schwiegervater **Hans-Joachim von Bismarck** geb. 12.10.1920

Schwiegermutter **Françoise Josephine von Bismarck**, geb. van Vloten geb.
14.12.1918

Sophie Inter, geb. Schmitz (geb. 14.6.1879)

?Heinrich Barschel (3.12.1908–vemtlich April 1945)

?Marie-Elisabeth Barschel, geb. Inter (23.1.1913–2007)

Hans-Joachim von Bismarck (geb. 12.10.1920)

Françoise Josephine von Bismarck, geb. van Vloten (geb. 14.12.1918)

?Eike Barschel

Barschel, Uwe (1944 – 1987)

∞ | ∞ | ♥

Freya Barschel, geb. von Bismarck (geb. 3.3.1947)

Barschel, Uwe (1944 - 1987)

Genealogie

Vater

Heinrich Barschel

3.12.1908–vermutlich April 1945

Mathematiker, seit April 1945 bei Berlin verschollen

Großvater väterlicherseits

Großmutter väterlicherseits

Mutter

Marie-Elisabeth Barschel

23.1.1913–2007

Näherin

Großvater mütterlicherseits

Hans Inter

geb. 10.9.1884

Großmutter mütterlicherseits

Sophie Inter

geb. 14.6.1879

Bruder

Eike Barschel

Geschäftsführer

Heirat

Ehefrau

Freya Barschel

geb. 3.3.1947

Uwe Barschel, der nach der Flucht aus Berlin 1945 mit seiner Mutter und seinen Geschwistern bei seinen Großeltern im Herzogtum Lauenburg lebte, besuchte die Schule in Geesthacht. Hier lud er in seiner Funktion als Schulsprecher 1963 den Großadmiral der Wehrmacht Karl Dönitz (1891–1980) zu einer Vortragsveranstaltung in seiner Schule ein, was zu einem Skandal und zum Suizid des Schulleiters führte. 1960 trat er in die Junge Union (JU) und kurz darauf auch in die CDU ein. In Kiel, wo er nach dem Abitur 1964 Rechtswissenschaften studierte, übernahm er den Vorsitz des Rings Christlich-Demokratischer Studenten; 1967 wurde er Vorsitzender der JU Schleswig-Holstein. Nach dem Ersten Staatsexamen 1968 begann er ein Studium der Volkswirtschaft, Politik und Pädagogik in Kiel, das er 1971 mit der Promotion zum Dr. phil. bei Michael Freund (1902–1972) beendete; 1970 war er bei Wolfgang Naucke (geb. 1933) zum Dr. iur. promoviert worden. 1971 absolvierte Barschel das zweite juristische Staatsexamen und war lange Zeit nebenberuflich als Anwalt in einer Kieler Kanzlei tätig.

1971 wurde Barschel als jüngster Abgeordneter in den schleswig-holsteinischen Landtag gewählt. In der Landesregierung von Gerhard Stoltenberg (1928–2001) war er Parlamentarischer Vertreter des Kultusministers und Regierungsbeauftragter für Jugend und Sport. 1973 Vorsitzender der

CDU-Landtagsfraktion, sicherte Barschel nach der Landtagswahl 1975, als die CDU nur noch über eine knappe Mehrheit verfügte, erfolgreich die Handlungsfähigkeit der Regierung.

1979 wurde Barschel zum Nachfolger von Finanzminister Gerd Lausen (1928–1993) ernannt; nach der Landtagswahl im selben Jahr wechselte er in das Innenministerium. In den Auseinandersetzungen Anfang der 1980er Jahre um das Kernkraftwerk in Brokdorf und den NATO-Doppelbeschluss verantwortete er ein hartes Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten.

Nach dem Machtwechsel in Bonn 1982 wurde Stoltenberg Bundesfinanzminister und hielt trotz Warnungen von Landtagsabgeordneten vor persönlichen Schwächen Barschels an diesem als Nachfolger fest. Barschel wurde daraufhin am 14. Oktober 1982 vom Landtag zum neuen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und jüngsten Regierungschef in der Bundesrepublik gewählt. Den Ankündigungen in seiner Regierungserklärung folgend, wurden die Mittel für die Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig erhöht, ein Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgelegt und 1985 der Nationalpark Wattenmeer eingerichtet. Auf Barschels Initiative ging außerdem die Gründung des Schleswig-Holstein Musik-Festivals zurück, das 1986 erstmals stattfand.

Bei der Landtagswahl 1983 verteidigte Barschel die absolute Mehrheit für die CDU, die jedoch bei Kommunalwahlen im Vorfeld der Landtagswahl 1987 gegenüber der SPD deutliche Stimmenverluste hinnehmen musste. Im Landtagswahlkampf griff Barschel die SPD und den populären Oppositionsführer Björn Engholm (geb. 1939) scharf an. Kurz vor der Wahl machte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ publik, dass Barschels Pressereferent Reiner Pfeiffer (1939–2015) versucht hatte, Engholm durch eine anonyme Anzeige wegen Steuerhinterziehung und durch Gerüchte um seinen angeblich unseriösen Lebenswandel zu diskreditieren. Die CDU verlor daraufhin die Landtagswahl am 13. September 1987 und erhielt nur noch 42,6 %, während die SPD 45,2 % erreichte. Der Kieler Landtag setzte noch im September einen Untersuchungsausschuss ein, um die Mitwisserschaft Barschels zu klären. Barschel distanzierte sich von den Vorwürfen und versicherte mit seinem „Ehrenwort“, damit nichts zu tun zu haben.

Auf Druck der Öffentlichkeit und seiner Partei trat Barschel am 2. Oktober 1987 zurück, verreiste und trat am 10. Oktober die Rückreise nach Kiel mit Zwischenstation in Genf an, um vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags auszusagen. In Genf, wo er angeblich einen bis heute unbekanntem Entlastungszeugen treffen wollte, wurde er von einem Reporter am Morgen des 11. Oktober 1987 tot in der Badewanne seines Hotelzimmers aufgefunden. Die Todesumstände sind bis heute ungeklärt.

Der Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags stellte im Februar 1988 fest, dass die Aktionen gegen Engholm von Barschel initiiert worden waren und dieser sein Amt missbraucht habe. Ein zweiter Untersuchungsausschuss kam hingegen 1995 zu dem Ergebnis, dass eine persönliche Schuld Barschels nicht nachgewiesen werden könne und die Aussagen von Pfeiffer unglaubwürdig

sein. Allerdings habe Barschel 1987 die Unwahrheit gesagt und seine Mitarbeiter zur Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen genötigt. Die Affäre prägte die Politik in Schleswig-Holstein über viele Jahre.

Auszeichnungen

1977 Vorstandsmitglied der Hermann-Ehlers-Stiftung

Landesvorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands

Quellen

Nachlass:

nicht bekannt.

Weitere Archivmaterialien:

Landtagsarchiv Kiel, Akten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Werke

Monografien:

Theoretische Möglichkeiten und Grenzen der Strafrechtspolitik einer politischen Partei. Eine Untersuchung am Beispiel der CDU/CSU, 1970. (Diss. iur.)

Die Stellung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltenteilung, 1971. (Diss. phil.)

30 Jahre CDU im Kreise Herzogtum Lauenburg, 1976.

Lauenburgische Streiflichter. Geschriebenes und Gesprochenes über den Kreis Herzogtum Lauenburg, 1982.

Die Staatsqualität der Deutschen Länder. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1982.

Herausgeber:

Landessatzung für Schleswig-Holstein. Kommentar, 1976.

Landessatzung 1949–1979. Festschrift zum 30. Jahrestag der Verabschiedung der Landessatzung Schleswig-Holstein, 1979.

Im Dienst für die Freiheit. Kai-Uwe von Hassel zum 70. Geburtstag, 1983.

Schleswig-Holstein: Land mit Vergangenheit, Land mit Zukunft, 1986.

Reden, Ansprachen, Gedanken 1954–1983. Festgabe für Helmut Lemke zum 80. Geburtstag, 1987.

Literatur

Monografien:

Norbert Pötzl, Der Fall Barschel. Anatomie einer deutschen Karriere, 1988.

Werner Kalinka, Opfer Barschel. Deutschlands größte Polit-Affäre in neuem Licht, 1993.

Helmuth Mosberg, 50 Jahre CDU Schleswig-Holstein 1946–1996, 1996.

Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, 2006.

Wolfram Baentsch, Der Doppelmord an Uwe Barschel. Die Fakten und Hintergründe, 2006.

Michael Mueller/Leo Müller/Rudolf Lambrecht/Peter Müller, Der Fall Barschel. Ein tödliches Doppelspiel, 2007.

Sebastian Knauer (Hg.), Barschel – Die Akte. Originaldokumente eines ungelösten Kriminalfalls, 2009.

Heinrich Wille, Ein Mord, der keiner sein durfte, 2011.

Günther Potschien/Gabriele Schreib, Der Fall Barschel, 2018.

Patrik Baab, Im Spinnennetz der Geheimdienste, 2019.

Aufsätze:

Thomas Ramge, Waterkantgate. Der Tod Uwe Barschels in der Badewanne, in: ders., Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, 2003, S. 196–226.

Klaus Püschel/Bettina Mittacher, Geheimnisvoller Tod eines Politikers, in: dies., Tote schweigen nicht. Faszinierende Fälle der Rechtsmedizin, 2016, S. 73–93.

Filme:

Dokumentarfilm „Aufstieg und Fall des Uwe Barschel“, Film v. Gerhard Bott, ARD 1988. (Onlineressource)

Dokumentardrama „Die Staatskanzlei“, Buch u. Regie: Heinrich Breloer, 1989.

Dokumentarfilm „Der Fall Barschel“, Film v. Gabor Harrach, RTL Television 1994.

Der Tod des Uwe Barschel – Skandal ohne Ende, Film v. Patrik Baab,/Andreas Kirsch/Stephan Lamby, ARD 2007.

Tod in Genf – Der Fall Barschel, Buch u. Regie: Uli Weidenbach, ZDF 2007.

Spielfilm „Der Fall Barschel“, Buch: Kilian Riedhof/Marco Wiersch, Regie: Kilian Riedhof, 2015.

Hörfunk:

Die unendliche Geschichte Barschel, Feature Hessischer Rundfunk 2008.

Onlineresourcen

Vor 30 Jahren starb Uwe Barschel, ZDF-Mediathek, 2017.

Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein, Dokumentation des „Barschel-Verfahrens“.

ARD-Mediathek.

Vernetzte Angebote der Deutschen Biographie.

Porträts

Autor

→Andreas Grau (Bonn)

Empfohlene Zitierweise

Grau, Andreas, „Barschel, Uwe“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2022, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/11883049X.html#dbocontent>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

30. April 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
